



# Barthle-Brief

Nr. 27

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

21.1.2011

Thema der Woche:

## **Deutschland ist wieder der Wachstumsmotor in Europa** **Mainzer Erklärung und Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2011**

Zum Jahresauftakt hat der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Mainzer Erklärung“ ein Konzept für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland beschlossen. Deutschland ist unter der unionsgeführten Bundesregierung im Jahr 2010 gestärkt aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter drei Millionen stehen wir im europäischen Vergleich an der Spitze. Im Jahr 2011 will die christlich-liberale Koalition diese Position sichern und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die außerordentlich gute Entwicklung des vergangenen Jahres auch in Zukunft fortsetzt.

Dabei ist die Erkenntnis maßgeblich, dass unser Land seinen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie verdankt. Die Union bekennt sich deshalb – ganz im Gegensatz zu den Grünen – eindeutig zum Industriestandort Deutschland. Mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt, mit einer Politik, die für solide Staatsfinanzen und eine moderne Infrastruktur steht sowie einer Politik, die eine klimafreundliche Energie- und zuverlässige Rohstoffversorgung sichert, wird die Union Deutschland als modernen Industriestandort ausbauen. Über Jahrzehnte hat sich in unserem Land eine vielfältige Industrielandschaft entwickelt, die die Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand ist. Dabei gibt es mit dem Automobilbau, dem Maschinenbau und der chemischen Industrie – gerade auch in unserem Baden-Württemberg – starke Leitbranchen, die zu den besten der Welt gehören und die global agieren. Diese Branchen müssen gestärkt werden und dürfen nicht – wie es die Grünen auf einer Klausurtagung ihrer Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr beschlossen haben – schrumpfen.

Bei den anstehenden Landtagswahlen geht es darum, erfolgreiche Standortpolitik fortzusetzen: Wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, wo sich eines der weltweit 152 führenden Zentren für Automobil- und Maschinenbau entwickelt hat. Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Entwicklung durch eine gezielte Wirtschafts- und Standortpolitik, den Aufbau moderner Bildungsangebote und einer modernen Infrastruktur eng begleitet und gefördert.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2011 belegt: Die deutsche Wirtschaft wächst und wächst. Für das Jahr 2011 werden 2,3 Prozent prognostiziert. Der Beschäftigungsstand war mit durchschnittlich 40,5 Millionen im Jahre 2010 so hoch wie noch nie zuvor. 2011 können wir mit durchschnittlich 40,8 Millionen Beschäftigten rechnen, in einzelnen Spitzenmonaten sogar mit mehr als 42 Millionen. Dies zeigt ganz deutlich: Es war richtig, Konjunkturpakete in der Krise zu schnüren, um der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Nun ist die Wirtschaft gefestigt, die Konjunkturpakete können auslaufen. Gleichzeitig war es richtig, eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik zu verfolgen. Dadurch wurde unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, und Arbeitsplätze wurden geschaffen. Dies kommt jetzt auch den Beschäftigten zugute. Denn das verfügbare Einkommen steigt im nächsten Jahr stärker als die Inflationsrate. Das bedeutet im Klartext: Mehr Netto vom Brutto! Wir realisieren damit durch unsere Politik, was von anderen immer vollmundig gefordert, aber selbst nie erreicht wurde. Deutschland ist wieder der Wachstumsmotor in Europa. Wer hätte das noch vor einigen Jahren gedacht, als Deutschland infolge der rot-grünen Politik abgeschlagen einen der letzten Plätze im europäischen Vergleich belegte? Die unionsgeführte Bundesregierung hat unser Land sicher durch die Krise gesteuert und mit ihrer Politik den Aufschwung erfolgreich gestaltet.

### **„Der Verbraucher muss wissen, was er isst“**

An diesem Mittwoch stellte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Deutschen Bundestag in ihrer Regierungserklärung zur Lebensmittelsicherheit fest: „Dioxin gehört nicht ins Futtermittel und schon gar nicht in die Lebensmittel. Die Beimischung verstößt gegen geltende Gesetze. Es wurde mit unverantwortlichem Vorsatz gehandelt“. Ohne den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vorzugreifen, sprach sie von einem „hohen Maß an krimineller Energie“. Die Täter seien skrupellos und hätten gegen gesetzliche Bestimmungen und moralische Regeln verstoßen, sagte die Ministerin. Neben den Verbrauchern seien die Landwirte unverschuldet Opfer in diesem Skandal geworden. In einer breiten gesellschaftlichen Debatte solle über den Wert von Lebensmitteln und die Rolle der Landwirtschaft diskutiert werden. Vorsorgender Verbraucherschutz liege im Interesse von Bund und Ländern. „Der Verbraucher muss wissen, was er isst“, forderte Aigner. Die Ministerin kündigte eine Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes an. Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder sollen regelmäßige und umfassende Inspektionen vor Ort durchführen. Durch neue Vorschriften werde festgelegt, dass Futterfette und Futterfettsäuren nicht in Anlagen hergestellt werden dürfen, die gleichzeitig Stoffe für die technische Industrie produzieren. Aigner will weiterhin private Labore verpflichten, Ergebnisse von Untersuchungen, die bedenkliche Mengen an unerwünschten Stoffen enthalten, an die zuständigen Behörden zu melden.

### **12. Sportbericht der Bundesregierung**

Der an diesem Donnerstag vorgestellte 12. Sportbericht der Bundesregierung dokumentiert die beachtlichen Erfolge der Sportpolitik und des organisierten Sports im Zeitraum von 2006 bis 2009 und benennt erstmals neben der Rückschau auch zukünftige Vorhaben und Projekte. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Den Sport in seiner Gesamtheit fördern: Chancen einer vernetzten Sportpolitik“ bekräftigen die Koalitionsfraktionen die Aufgabe, den Sport in seiner Gesamtheit zu fördern und die Chancen einer vernetzten Sportpolitik und den daraus entstehenden Mehrwert für die Gesellschaft zu nutzen.

### **Debatten zu Afghanistaneinsatz**

Die dritte Regierungserklärung in dieser Woche gab an diesem Freitag der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan ab. Die Bemühungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sind nach Auffassung der Bundesregierung von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Staatengemeinschaft bei der Stabilisierung und Befriedung Afghanistans.

In diesem Zusammenhang wurde der Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Vorgesehen ist eine weitere Mandatsverlängerung bis zum 31. Januar 2012. Allerdings beginnt Deutschland 2011 mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände. Der Beginn dieses Prozesses ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem sofortigen Abzug der internationalen Sicherheitskräfte, er erlaubt allenfalls deren allmähliche Verringerung in bestimmten Bereichen. Die Abzugsperspektive und die Übergabe der Verantwortung an die Afghanen muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen. Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage tatsächlich beherrschen können, wird eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich. Die Unionsfraktion teilt dabei die Zuversicht der Bundesregierung, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können. Dabei ist jeder sicherheitspolitisch vertretbare Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung zu nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

### **Zitat**

„In Deutschland regiert die Zuversicht.  
In Deutschland regiert das Wachstum.  
In Deutschland regiert der Fortschritt.  
In Deutschland regiert Schwarz-Gelb.“

(Wirtschaftsminister Rainer Brüderle zum Auftakt seiner Regierungserklärung zum Wirtschaftswachstum im Deutschen Bundestag.)